

Part I _ Turtle Island



Es war ein scheinbar unberührtes, wildes Land, welches europäische Entdecker im 16. Jahrhundert vom Meer aus sichteten. Vermutlich waren es die Spanier, welche als Erste die Regenwälder und Berge der Pazifikküste Nordamerikas anfuhrten. Verweilt sind sie dort jedoch nicht und kamen für geraume Zeit auch nur unregelmäßig zurück. Statt den Europäern erschienen die Russen, welche eine beachtliche Menge Seeotterpelze mit ins Heimatland brachten. Aufgrund der Beliebtheit der Pelze entstand daraus der erste internationale Pelzhandel im Nordpazifik. Erst im späten 18. Jahrhundert erschienen wieder mehr und mehr Europäer/innen, um ebenfalls vom regen Pelzhandel zu profitieren. Nach anfänglichen Streitigkeiten zwischen Spaniern und Briten, wem die ertragreichen Länder zustünden, setzten sich bald die Briten durch und die Spanier zogen sich wieder in den Süden des Kontinents zurück.

Die Brit/innen belebten daraufhin den bestehenden Pelzhandel entlang der Pazifikküste, und aufgrund hoher Nachfrage nach Seeotterpelzen wollten sie bald auch einen Weg durchs Landesinnere finden, um die Handelsbeziehungen mit den Kolonien im Osten des Kontinents und mit Europa zu erleichtern.

Auch die Briten waren es, welche am Ende des 18. Jahrhunderts die gesamte Nordwestküste kartierten und benannten und die ersten permanenten europäischen Siedlungen aufbauten. Mitte des 19. Jahrhunderts wurde die Insel Vancouver Island daraufhin zur britischen Kolonie erklärt. Mit dem Fund von Gold im Fraser Canyon wuchs die Anzahl an Siedler/innen, welche sich nun auch im Landesinneren ein neues Zuhause aufbauten und so zur Bildung weiterer britischer Kolonien, zusammengefasst unter dem Namen „Britisch Kolumbien“ beitrugen.

Das Ende des Goldrausches führte zu einer ökonomischen Depression, welche gemeinsam mit hoher Verschuldung der nordwestlichen Kolonien und politischer Instabilität dazu führte, dass die Kolonie des heutigen Britisch Kolumbiens schließlich im Jahr 1871 dem jungen Staatenbund der östlichen Provinzen beitrug und somit Teil des heutigen Kanadas wurde.

Doch Nordamerika existierte schon lange bevor europäische oder russische Eroberer und Entdecker es zum ersten Mal sichteten. Genannte wurde es jedoch anders: Turtle Island - die Schildkröteninsel. Für Indigene Nordamerikas seit Anbeginn der Zeiten der Name für ihr Land. Bereits seit der letzten Eiszeit war die Landmasse bewohnt von indigenen Völkern, welche sich das günstige Klima und die fruchtbaren Täler, Regenwälder und Meere zu Nutzen machten. Die Gegend war reich an Lachsen, welche ohne große Mühen gefangen werden konnten. Aber auch Krabben, Robben und Fische wie beispielsweise den Kerzenfisch, begehrt und bekannt für sein Öl, gab es in Überfluss entlang der Küsten. Aufgrund der reichlich vorhandenen Zedernbäume lebten die Indigenen der Westküste in eindrucksvollen Holzhäusern und perfektionierten die Kunst der Totempfahlschnitzerei. Auch bauten sie eine Vielzahl an seetüchtigen hölzernen Kanus, mit welchen sie große Distanzen - sei es zur Jagd, zum Handel oder für die Kriegsführung - zurücklegen konnten.

Die Indigenen der Westküste lebten also in hochkomplexen Gemeinschaften, erhielten blühende Handelsverbindungen untereinander aufrecht und sind bis heute weltberühmt für ihre aufwändigen Kunstformen.

Der Name für ihr Land, „Turtle Island“ stammt von einer Schöpfungsgeschichte, in welcher die Himmelsfrau ausversehen vom Himmel fällt und die Meerestiere nun einen Weg suchen, sie zu retten, da es außer Meer nichts gibt und die Himmelsfrau im Meer nicht überleben kann. So versucht nach und nach jedes einzelne Tier zum Grund des Meeres zu tauchen, auf welchem es laut Hörensagen etwas Erde geben soll. Alle Tiere des Meeres scheitern jedoch beim Versuch zum Grund zu schwimmen und etwas Erdboden mitzunehmen. So will es als letztes die kleine Bisamratte versuchen. Belächelt von den großen, erhabenen Tieren des Meeres holt sie tief Luft und taucht nach unten. Lange, lange Zeit bleibt sie verschwunden. Die Tiere an der Oberfläche beginnen sich Sorgen zu machen und den Tod der Bisamratte zu beklagen. Da erscheinen plötzlich ein paar Luftblasen und das kleine Tier ist wieder da – mit etwas Erde in der Hand. Daraufhin erklärt sich die Schildkröte bereit, die Erde auf seinem Rücken zu tragen, die Himmelsfrau verstreut die Erde und die Samen, welche sie zufällig aus dem Himmelsreich mitgenommen hat, und beginnt zu tanzen. So tanzt die Himmelsfrau auf dem Rücken der Schildkröte, welche sich langsam in die Landmasse Nordamerikas zu verwandeln beginnt.

*

Darauf trafen also die Europäer, als sie Nordamerika „entdeckten“. Gerne nutzten und profitierten sie von den Handelsbeziehungen zu den Urvölkern. Doch wie kommt es, dass die europäischen Entdecker das neugefundene Land für sich und die britische Krone beanspruchten, obwohl dieses bereits bewohnt war und sie ein scheinbar gutes Verhältnis zu den Bewohner/innen pflegten?

Wo waren die Indigenen und ihre Stimme, als sich die Briten und Amerikaner um die Aufteilung des Nordwestens stritten? Was passierte mit der Urbevölkerung, als sich die Kolonie „Britisch Kolumbien“ dem Land „Kanada“ anschloss?

Antworten auf diese Fragen sind im Kontext der Jahrhunderte des päpstlichen und kirchlichen Einflusses, und dem Zeitalter der Entdeckungen zu finden. Seit dem 14. Jahrhundert gab es päpstliche Bullen, welche den europäischen Entdeckern erlaubten, sämtliche Länder, welche sie auf ihren Erkundungsfahrten entdeckten, für ihre christlichen Monarch/innen zu beanspruchen (*doctrine of discovery*), damit die dort lebenden Menschen dem Christentum zugeführt und die Länder ausgebeutet werden konnten. Sie sahen das Land als „Niemandland“ (*terra nullius*) und die Bewohner/innen, sofern es welche gab, den christlichen Entdeckern weit unterlegen und somit als wenig „menschlich“ an. Die Europäer/innen beurteilten dies hauptsächlich anhand von Oberflächlichkeiten wie Landbesitz und Landwirtschaft – also, ob das Land, welches sie vorfanden, von den dort Lebenden exklusiv beansprucht und intensiv bebaut wurde oder nicht. Andere Arten der

Landnutzung, welche weit weniger sichtbar und weniger destruktiv waren, wie beispielsweise das Jagen oder Sammeln, wurden von den Entdeckern nicht als menschenwürdig anerkannt.

Auf dieser scheinbaren Überlegenheit der europäischen Christ/innen und ihrer Herrscher/innen sowie der darauf basierenden Doktrin des *terra nullius* fußt auch die Doktrin der Entdeckung (*doctrine of discovery*), welche seit jeher als Begründung für die Unterwerfung und Einverleibung indigener Länder genutzt wurde.

Diese Doktrinen legten somit den Grundstein von Ländern wie Neuseeland, Australien oder den USA wie wir sie heute kennen. Auch Kanada wurde grundsätzlich nach denselben Prinzipien „entdeckt“, jedoch erkannte der britische König Georg III in seiner königlichen Bekundung (*Royal Proclamation*) von 1763, welche ihm die Herrschaft über das Land zusprach, an, dass die indigene Bevölkerung Eigentumsrechte über das Land besitzt und dass diese nur durch Verträge aufgehoben werden können. Auch regelte die Proklamation, dass Siedler/innen nur dann Land von den Indigenen erwerben konnten, wenn es vorher an die britische Krone verkauft worden war. Siedler/innen, welche sich auf indigenem Land niedergelassen haben, ohne dieses vorher von der britischen Krone erworben zu haben, hatten ihre Ansiedlung aufzugeben und sich woanders niederzulassen.

In Anbetracht dessen stellt sich also die Frage, wieso die britische, und nun kanadische, Kolonialmacht trotz allem das Eigentumsrecht über das Land Britisch Kolumbien beansprucht. Da lediglich die Nutzung eines kleinen Teils dieser Provinz durch Verträge geregelt ist, sollte gemäß königlicher Proklamation der Rest des Landes noch immer den Indigenen gehören, vor allem, da die Proklamation bis heute wirksam ist. Dies ist auch genau die Sichtweise der indigenen Bevölkerung. Sie beschuldigen die Kolonialmacht und die Siedler/innen, sich auf gestohlenem Land niedergelassen zu haben und unrechtmäßig über dieses zu verfügen. Die Provinz Britisch Kolumbien argumentiert dagegen, dass die *Royal Proclamation* nicht für sie zutrifft, da die Provinz noch nicht von den Briten besiedelt war, als König Georg III seine Proklamation abgab. Dieser Standpunkt wird jedoch selbst von Regierungsbeamten bezweifelt.

*

Wie also ging die Geschichte Britisch Kolumbiens und die Beziehungen zwischen denen, die vorher da waren, und denen, die danach kamen, weiter?

Ab den 1850er Jahren wurden Indigene vermehrt in abgelegene Reservate umgesiedelt, ohne auf Familien- oder Clanstrukturen zu achten. Viele dieser Reservate wurden keine zehn Jahre später bereits wieder in ihrer Größe beschnitten. Laut des damaligen Gouverneurs der Kolonie „Britisch Kolumbien“ verfügten die Indigenen in ihren Reservaten über zu viel Land, welches von ihnen nur ungenügend bebaut und somit den Siedler/innen zur angemessenen Nutzung übergeben werden sollte - für die Kolonialmacht waren lediglich Landwirtschaft und Ausbeutung von Rohstoffen akzeptierte Landnutzungsformen. Darauf folgende Gesetze erlaubten die Wegnahme von Reservatfläche für öffentliche Projekte wie Highways oder Schienennetze. In einigen Fällen erhebt die Kolonialregierung auch heute noch den Anspruch auf die unterirdischen Ressourcen, wie Mineralien, Metalle oder fossile Brennstoffe. So wurden die Indigenen nicht nur dem Großteil ihres Landes beraubt, sondern daraufhin auch noch dem Großteil ihrer Reservate.

Nur wenige Jahre nach dem Beitreten Britisch Kolumbiens zum Staatenbund Kanada wurde 1876 der *Indian Act* („Indianer Gesetz“) verabschiedet. Es handelt sich hierbei um ein Bundesgesetz, das alle Angelegenheiten der Indigenen regelt, insbesondere die Anerkennung als „Indianer/in“, die indigenen Gemeinschaften und die Reservate. Da es dabei direkt in das Leben der Indigenen eingreift, wird es als höchst einmischend, bevormundend und unterdrückerisch angesehen. So gab dieses Gesetz der

Regierung die Macht, über das tägliche Leben der Indigenen bestimmen zu können und nicht nur kulturelle Praktiken zu verbieten, sondern auch zu regeln, wer Alkohol zu sich nehmen durfte. Auch konnten Regierungsbeamte entscheiden, wer unter welchen Umständen als indigen anerkannt wurde und wo die Indigenen zu leben hatten bzw. ob sie die Reservate verlassen konnten. Aus unabhängigen, selbstorganisierten Menschen wurden somit Schutzbefohlene des Staates, welche kaum mehr Rechte hatten als Kinder. Auch die traditionellen Regierungsformen wurden unterbunden und stattdessen 1869 das „*band council*“¹ System eingeführt, welches bis heute wirksam ist.

Hinsichtlich dieser Aspekte reiht sich der *Indian Act* ein in eine Abfolge an diskriminierenden Gesetzen, welche die Assimilation und somit den Ethnozid der indigenen Bevölkerung zum Ziel haben bzw. gehabt haben.

Als sich die indigene Bevölkerung in den 1920er Jahren immer mehr dagegen aufzulehnen und ihre Rechte, vor allem auch Landrechte, einzufordern begann, fügte die Regierung Artikel 141 zum *Indian Act* hinzu. Diese Passage verbot es den Indigenen, Rechtsanwälte oder –beistände einzuschalten, wodurch es ihnen gewissermaßen unmöglich wurde ihre Landrechte einzufordern. Doch die Regierung stoppte dort noch nicht, sondern machte es für Indigene kurz darauf sogar rechtswidrig, sich zu versammeln. Wer also gegen die diskriminierenden Gesetze protestieren wollte, wurde verhaftet und ins Gefängnis geschickt.

Nach dem Ende der Weltkriege, in welchen viele Indigene auf Seiten Kanadas gekämpft hatten, wuchs das Bewusstsein der kanadischen Bevölkerung, dass die Urbevölkerung nicht nur stark benachteiligt wurde, sondern auch, dass die Vorgehensweise der Regierung menschenrechtswidrig war. Dies führte zu einer Überarbeitung des *Indian Acts* im Jahr 1951, im Zuge derer die unterdrückerischsten Passagen herausgenommen wurden. So durften Indigene nun ihre traditionellen und kulturellen Praktiken wieder ausüben und auch wieder Rechtsbeistände einstellen. Erstmals verbesserte sich auch die Situation indigener Frauen wieder, welche bis dahin von den Behörden stark diskriminiert worden waren.

Die Strategie der Regierung begann sich langsam zu ändern. In einem letzten Assimilationsversuch wollte Premierminister Pierre Trudeau, Vater des heutigen Premiers Justin Trudeau, im Jahr 1969 sein „*white paper*“ (Weißbuch) durchsetzen, welches Indigene mit der restlichen Bevölkerung Kanadas gleichstellen und sie somit ihrer Sonderrechte und ihres besonderen Status berauben sollte. Dieser Richtlinienvorschlag wurde jedoch von der indigenen Bevölkerung vehement abgelehnt und musste aufgrund großer Proteste fallen gelassen werden.

Zeitgleich mit den einschneidenden Vorgaben des *Indian Acts* wurde in den 1880ern auch das *Residential School* (Internatsschulen) System eingeführt. Ziel dessen war es, die indigenen Kinder schon früh aus ihrer als mangelhaft angesehenen Kultur zu entfernen und sie fernab der Familie in anfangs kirchlichen, später staatlichen, Internaten nach europäischem Vorbild zu „zivilisierten“ Menschen zu erziehen. Die Kinder wurden in den Internaten nach Geschlechtern getrennt und damit geschwisterliche Bünde zerbrochen. Auch wurde ihnen verboten, ihre Sprache zu sprechen, ihre Kultur zu leben oder sich gegenseitig auch nur als Indigenen anzuerkennen. Wie es von offizieller Seite hieß, sollten dadurch ‚der Indianer im Kind abgetötet‘ und die Kinder in das koloniale euro-kanadische System integriert werden.

¹ Das *band* ist laut Indian Act eine indigene Regierungseinheit, welche von der Bundesregierung definiert und mit Finanzmitteln für Verwaltungs- und Regierungsaufwand versorgt wird. Das *band council* ist somit der Gemeinderat der Gruppe, welcher unter anderem über die Nutzung der Reservate verfügt. Das *band* System missachtet dadurch traditionelle indigene Zusammenschlüsse und Verwaltungs-/Regierungsstrukturen.

Über mehr als hundert Jahre wurden in ganz Kanada unzählige Generationen von Kindern ihren Familien entrissen und einer nur mangelhaften Ausbildung in den Internaten, in denen die Kinder neben dem Unterricht hart arbeiten mussten, ausgesetzt. Auch waren sie dort Misshandlungen und Missbrauchs jeglicher Art, ob sexuell, emotional, psychisch oder körperlich, von Seiten der Angestellten aber auch von anderen Jugendlichen ausgeliefert. *Residential School* Überlebende berichten oft davon, festgekettet und geschlagen, vergewaltigt oder mit Gegenständen verletzt worden zu sein. Diese Gewaltakte, zusammen mit generellen mangelhaften Bedingungen an den Schulen, führten dazu, dass eine hohe Anzahl an Kindern die Schulen nicht überlebte.

Während im Jahr 1920 der Besuch einer *Residential School* für indigene Kinder laut *Indian Act* noch verpflichtend war, wurde in den 1950er Jahren langsam mit der Auflösung des Internatsschulsystems begonnen. Im Zuge dessen kam es zum sogenannten „*Sixties Scoop*“ (Sechziger Aufsammeln), in welchem über zwei Jahrzehnte tausende indigene Kinder durch Wohlfahrtseinrichtungen ihren Eltern weggenommen wurden. Obwohl also die letzten *Residential Schools* im Laufe der 1980/90er Jahre geschlossen wurden, hielt die Wegnahme indigener Kinder an.

Das *Residential School* System und der *Sixties Scoop* hatten nicht nur Auswirkungen auf die Kinder selbst, sondern beeinträchtigten auch das Leben der indigenen Gemeinschaften im generellen sehr stark. So wuchsen die Kinder ohne familiäre Vorbilder auf und lernten meist nie, wie eine funktionelle Familie aussieht. Ebenso wurden ihre Kultur, ihre Traditionen und vor allem auch ihre Sprache dauerhaft geschädigt, häufig sogar ganz verloren. Die Strategie der Regierung, sämtliche Aspekte indigener Kultur und Lebens auszulöschen, ist somit so erfolgreich gewesen, dass oftmals von einem kulturellen Genozid gesprochen wird.

*

Im Zuge der „Heimführung“ der kanadischen Verfassung in den 1980er Jahren, welche bewirkte, dass Verfassungsänderungen nur noch vom kanadischen und nicht mehr dem britischen Parlament genehmigt werden mussten, wurde auch das Verfassungsgesetz (*Constitution Act*) von 1982 verabschiedet. Dieses beinhaltet nach der Charta der Rechte und Freiheiten mit Artikel 35 auch eine Anerkennung und Bestätigung der bestehenden Rechte der indigenen Bevölkerung, ohne diese Rechte aber genauer zu definieren. Sie basieren auf der seit Jahrtausenden ununterbrochenen Okkupation des Landes durch Indigene und können von der Bundesregierung nicht außer Kraft gesetzt werden.

Artikel 35 war jedoch nicht Teil des ursprünglichen Entwurfes von Premier Pierre Trudeau und wurde erst aufgrund zwei Jahre dauernder massiver Proteste und Kampagnen indigener Gruppen, sowie internationalen Drucks in den Gesetzesentwurf hineingenommen. Die darin befindlichen Gesetze werden gemeinhin als das stärkste Umweltrecht innerhalb Kanadas angesehen.

Im Laufe der Jahrzehnte wurde begonnen, in zahlreichen Gerichtsurteilen die genauen Ausmaße der ‚indigenen Rechte‘ darzulegen. So beinhalten sie laut Urteilen des obersten Gerichtshofs das Recht zu Fischen und zu Jagen, das Recht auf Land sowie das Recht seine Kultur auszuüben.

Obwohl indigene Rechte durch Artikel 35 nun verfassungsrechtlich anerkannt und geschützt sind, gibt es diesbezüglich auch einige unzufriedene Stimmen. Diese bemängeln, dass dadurch das koloniale Justizwesen, der Fokus auf Privatbesitz und individuelle statt kollektive Rechte, sowie die Kolonialmacht im Allgemeinen anerkannt wird. Es wäre ihnen lieber, davon wegzubrechen und indigene Konzepte und Ideologien anzuerkennen. Stattdessen muss nun in Gerichtsverfahren ausgehandelt werden, welche Aspekte indigener Lebensweisen offiziell von der Kolonialmacht anerkannt werden und welche nicht. Auch wird die fehlende Mitwirkung indigener Gruppen bei der Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs bemängelt.

Auch auf internationaler Ebene gab es Erfolge für indigene Völker. So wurde im Jahr 2007 die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte indigener Völker (UNDRIP²) von der UN-Generalversammlung verabschiedet. Während eine überwältigende Mehrheit für die Erklärung stimmte, lehnten sie vier Staaten ab: die USA, Australien, Neuseeland und Kanada. Einer der Hauptgründe für dieses vielsagende Ergebnis liegt in einem Teil der Erklärung verborgen, nämlich dem Prinzip der freien, vorab durchgeführten und auf Information basierenden Zustimmung (FPIC³). Sowohl bei der kanadischen Regierung, als auch bei der euro-kanadischen Bevölkerung löst FPIC Unbehagen, ja fast Angst davor aus, dass diese Regelung den Indigenen ein „Veto“ gegen Ressourcenentwicklungsprojekte in die Hand geben würde. Diese Angst ist jedoch völlig unbegründet, da keineswegs „alle“ indigenen Nationen Kanadas gegen Ressourcenentwicklung sind. Sie möchten lediglich das Mitspracherecht, welches ihnen rechtlich zusteht, auch ausüben können und über geplante Projekte auf ihrem Land, welches für die nächsten Generationen zu schützen ihre Verantwortung ist, ehrlich und vollständig informiert werden, um aufgeklärte Entscheidungen treffen zu können. Für sie erkennt das Prinzip der Zustimmung nicht nur ihr inhärentes Recht auf Selbstbestimmung an, sondern auch die Tatsache, dass ihre Existenz als Völker im Land begründet liegt und Entscheidungen über dieses somit nicht ohne Indigene und ihre Zustimmung getroffen werden können.

Bis heute wurde auch die ILO⁴ Konvention 169, einer der stärksten internationalen Gesetzestexte für indigene Völker, nicht von Kanada ratifiziert.

Als 2012 der damalige Premierminister Stephen Harper zwei umfassende Haushaltsentwürfe (Sammelgesetz C-38 und Sammelgesetz C-45) vorgelegt hatte, welche die Rechte der indigenen Bevölkerung teilweise außer Kraft setzten, hagelte es große Vorwürfe von Seiten der Indigenen.

Auch hatte sich die Regierung unter Harper bis zu ihrem Mandatsende im Jahr 2015 nicht an die Umsetzung der UNDRIP in nationales Recht gemacht. Erst im Mai 2016 hat Kanada seine Position revidiert und UNDRIP offiziell angenommen. Doch selbst jetzt missachten die Bundes- und provinziellen Regierungen noch immer das international anerkannte Recht des „*free, prior and informed consent*“ (Prinzip der freien, vorab durchgeführten und auf Information basierenden Zustimmung) und treiben weiterhin Ressourcenentwicklungsprojekte auf indigenem Land voran, ohne dafür die Zustimmung der Indigenen zu haben. Denn selbst nach der offiziellen Anerkennung der UNDRIP ändert sich auf nationaler Ebene nichts, bis die kanadische Regierung die Maßnahmen der Erklärung durch nationale Gesetze vollzogen hat.

Wie schnell, und in welchem Ausmaß dies passieren wird, ist noch fraglich. Trudeau und seine Minister/innen sprechen bisher lediglich von „Konsens erreichen“ als Ziel des FPIC, mit Zustimmung seitens der Indigenen im Sinne der UNDRIP hat dies nicht zwingend zu tun.

*

Trotz all dieser Fortschritte der letzten Jahre und Jahrzehnte ist das Verhältnis zwischen Kolonialmacht und Indigenen noch immer sehr angespannt. Denn auch wenn der progressiv-auftretende Premier Justin Trudeau bereits 2015 bei seiner Wahlkampagne stets von einer neuen Beziehung von Nation zu Nation sprach, so vergibt die kanadische Regierung noch immer, wie seit Jahrzehnten, indigene Ländereien an die Bergbauindustrie und an Ölunternehmen. Besonders im Norden und Landesinneren von Britisch Kolumbien plant die Provinzregierung mehrere Ölpipelines von den Ölsandgebieten an die Pazifikküste zu bauen. Entgegen seiner Wahlversprechen missachtet auch Trudeau das Prinzip der

² United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples

³ Free, prior and informed consent

⁴ International Labour Organisation = internationale Arbeitsorganisation

freien, vorab durchgeführten und auf Information basierenden Zustimmung immer wieder und genehmigt Projekte, welche von den Indigenen deutlich abgelehnt werden. So bleibt der Urbevölkerung Britisch Kolumbiens, aber auch ganz Kanadas, weiterhin nur der Weg über das Rechtssystem, welcher mit enormen Kosten verbunden ist, oder der radikalere Weg von Protesten und Okkupationen, um ihre Landrechte direkt auszuüben und das Land zu schützen.

Angelika Kobl